

Die ergebnisorientierte Gießkanne

Eine Stellungnahme des VöKK Vorstands zur Kulturpolitik Österreichs unter wechselnden politischen Vorzeichen im März 2018.

Als gelernte Kunsthistoriker_innen und Akteur_innen im Betriebssystem Kunst wissen wir nur zu gut um die Bedeutung des realpolitischen Kontexts für die Kunst- und Kulturproduktion Bescheid. Jeder Machtwechsel macht auch die Fragilität von tradierten und errungenen Strukturen sichtbar und betroffen von diesem Spannungsverhältnis sind mehr oder weniger alle Bereiche unserer Mitglieder, deren Interessen der VöKK vertritt. Das mächtigste Instrumentarium der Politik ist jenes der Finanzierung und gerade hier steht für die Kunst- und Kulturlandschaft Österreichs viel auf dem Spiel. Obwohl VP-Kanzleramtsminister Gernot Blümel, der für die Kulturpolitik der aktuellen Regierung verantwortlich ist, Kürzungen beim Kulturbudget „verhindern möchte“, schwebt eine bedrohliche türkis-blaue Wolke namens „echtes Nulldefizit für 2019“, angekündigt von Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, über der blühenden Kulturlandschaft Österreichs. Welche Auswirkungen reale und tatsächlich radikale finanzielle Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich auf Land und Gesellschaft haben, ist bereits in Oberösterreich klar zu sehen, wo sich durch gut zweieinhalb Jahren Regierungsarbeit derselben Parteienkonstellation wie nun im Bund empfindliche Einschnitte feststellen lassen, wie Thomas Diesenreiter für die vorliegende Ausgabe des VöKK Journals analysiert hat.

„Zukunft und Gesellschaft“ titelt das Kapitel im aktuellen Regierungsprogramm, in dem das Thema *Kunst und Kultur* als letzter Punkt (!) verhandelt wird. Auf ganzen fünf Seiten finden die Begehrlichkeiten für den Kunst- und Kulturbereich der neuen Regierung ihren Platz. Das Leseerlebnis ist geprägt von den Schlagworten: Strategie, Standortfaktor, Leitbild, Kulturnation, Planbarkeit und Ergebnisorientierung. Versprochen wird das Entwerfen eines *Zielbildes*, wie Österreich in Kunst- und Kulturanlagen zukünftig positioniert werden soll. Konkrete Perspektiven oder Handlungsanweisungen lässt das Programm jedoch offen und konkrete Finanzierungsfragen werden komplett ausgespart. Einzig und allein in der

Förderpolitik wird ein „Weg vom Gießkannenprinzip“ postuliert und die Bedeutung des Jubiläums- und Gedenkjahres 2018 mehrfach hervorgehoben. Der Wahlspruch der Wiener Secession „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit!“ wird einverleibt, jedoch bleiben ein Bekenntnis zur Vielfalt und ein offener und unbefangener Blick auf die österreichische Kunst- und Kulturlandschaft in welcher Möglichkeitsräume geboten werden, aus. Das schwammige Kapitel präsentiert sich höchst national und blind auf dem internationalen Auge in einer längst ausgeprägten globalen (Kunst)Welt.

Die Tendenz, die Leistung von Museen als Bildungs- und Forschungsstätten mit nahezu ausschließlich wirtschaftlichen Faktoren zu beurteilen, ist kritisch festzustellen, wobei der Finanz- und Leistungsdruck seit Jahren enorm ist. Dabei sind die Leistung und der Erfolg eines Museums – materielle und immaterielle Kultur- und Kunstgüter zu beschaffen, diese zu bewahren, zu erforschen, bekannt zu machen, auszustellen und dadurch der Öffentlichkeit für Bildung und Studium zugängliche zu machen – nicht alleine an Besucher_innenzahlen zu messen. Michael Loebenstein, der Direktor des Filmmuseums, beschreibt in seinem Kulturkonzepte-Interview (5.2.2018) das Museum als „sicheren Ort für gefährliches Denken“, in welchem „befreit vom Druck kommerzieller Verwertungslogiken Zonen für Neugierde und die Begegnung mit Fremden“ möglich sein muss. Ein kulturpolitischer Paradigmenwechsel, wie er sich bereits abzeichnet und eine bestimmte rückwärtsgewandte und fremdenfeindliche Ideologie hoffähig macht, könnte fatale Folgen haben.

Das Budget für Kunst- und Kulturinstitute mit Bildungsauftrag soll laut der neuen Regierung nicht gekürzt werden, lässt aber ohnehin nicht viel Spielraum. Eine Nicht-Erhöhung kommt, in Anbetracht steigender Kosten und Inflation einer effektiven Kürzung gleich. Für viele Einrichtungen stellt sich daher die fatale Frage, ob nun am Programm gespart werden soll oder doch an der Mitarbeiter_innenzahl. Wird das Kulturbudget, wie



Anna Witt, "Körper in Arbeit", 2018, Videoinstallation, Multi-Kanal HD Video, Farbe, Ton
 Courtesy Anna Witt, Vienna and Galerie Tanja Wagner, Berlin

Die aktuelle Ausstellung „Human Flag“ von Anna Witt verhandelt politisch brisante Themen: Arbeit, Gesellschaft und das Individuum in einer optimierten Leistungsgesellschaft – zwischen „work“ und „workout“ – tut sich Unbehagen auf. Noch bis 27. Mai im Belvedere 21 zu sehen.

angekündigt, ergebnisorientiert zugeteilt, wird wohl nicht am Programm gekürzt werden. Die Folge wäre, dass weniger Mitarbeiter_innen dieselben Leistungen zu bewältigen hätten und prekäre Situationen nicht entschärft werden können. Darüber hinaus gibt es, mit Ausnahme des KHMs (1999 unter Wilfried Seipel eingeführt) keine Kollektivverträge für die ausgegliederten Bundesmuseen. Mit anderen Worten haben ca. 3.000 Mitarbeiter_innen in österreichischen Kulturinstitutionen keine gesetzlichen Rahmenbedingungen und Sicherheiten. Seit Jahren arbeiten die Betriebsräte der acht Bundesinstitutionen gemeinsam daran, überhaupt Kollektivverhandlungen führen zu können. Ein Desiderat, auf das sehr viele unserer Kolleg_innen hoffen. Schlussendlich entscheidet jedoch die Politik und im Moment der dafür zuständige Minister Blümel darüber. Kollektivverträge fehlen natürlich auch abseits der Bundesmuseen, z.B. im privatwirtschaftlichen Bereich.

Professionen im Kunst- und Kulturbereich werden als kreativ, erfüllend und abwechslungsreich wahrgenommen. Fast ein verklärter Nimbus haftet diesen Beschäftigungen an. Bei Gehaltsverhandlungen, also der monetären Wertschätzung der geleisteten Arbeit in Kulturinstitutionen, wird dieser Nimbus häufig zum Verhängnis und die Entlohnung entspricht oft nicht der Leistung. Die Begeisterung für das Betätigungsfeld im Kunst- und

Kulturbereich wird oft missinterpretiert als die Bereitschaft, auf grundlegende Ansprüche zu verzichten. Das angekündigte Ende des sogenannten Gießkannenprinzips, wodurch viele kleine Initiativen durch eine Basisfinanzierung abgesichert sind, würde auch einen Verlust für die durchaus vielfältige österreichische Kulturszene bedeuten sowie die Möglichkeit für junge Kunsthistoriker_innen, Praxis und Erfahrung in diversen Bereichen zu erlangen. Gerade Praktika bieten sich für jene oftmals schon parallel zum Studium an, um erste Schritte in angestrebten Betätigungsfeldern zu unternehmen, sei es in Galerien, im Kunsthandel, Auktionshäusern, Redaktionen etc. Solche werden allerdings immer noch mehr schlecht als recht vergütet, zu oft findet sich bereits in Stellenanzeigen die verhängnisvolle Klammer: Praktikum (unbezahlt). Wünschenswert wäre in diesem Sinne eine noch größere Gießkanne, welche den kreativen und höchst engagierten Kunst- und Kulturvereinen, den Kunsträumen und Off-Spaces eine langfristige Planung ermöglicht und möglichst vielen Kunst- und Kulturschaffenden Experimentierfelder ermöglicht. Schließlich geht es ja um einen so wichtigen Beitrag zur Diversität und Vitalität, nicht nur der österreichischen Kulturlandschaft, sondern einer zukünftigen Gesellschaft ganz allgemein

Wenn etwa Tirols FPÖ-Chef Markus Abwerzger in einem Standard-Interview (12.2.2018), auf seine Vorstel-

lungen von Förderungen im Kulturbereich befragt, von einem „Förderdschungel“ spricht, den es zu lichten gelte und weiter ausführt, dass beispielsweise „queere und feministische Kunst aus seiner Sicht keiner öffentlichen Gelder bedürfe“, er stattdessen „Tradition und das gelebte Heimatbewusstsein“ fördern wolle, so liest sich dies vor dem Hintergrund des jüngsten Regierungsprogramms nicht mehr nur als Auswuchs populistischer Wahlkampf-rhetorik, sondern stellt einen demokratiepolitisch bedenklichen Angriff auf unabhängige und potenziell kritische Kunst- und Kulturschaffende dar. Das (noch) lediglich drohende Ausdünnen der freien Szenen durch Kürzung oder Umverteilung von Subventionen, weg von der Breitenförderung, hin zu einer sogenannten „leistungs- und erfolgsabhängigen“ Spitzenförderung würde längerfristig nicht nur einen inhaltlich herben Verlust durch den möglichen Wegfall freier Kulturschaffender bedeuten, sondern würde in Folge auch noch weiter verschärfte Beschäftigungssituationen nicht nur für Berufseinsteiger_innen im Kunst- und Kultursektor abseits der großen Institutionen mit sich bringen.

Für Studierende birgt das aktuelle Regierungsprogramm jedoch noch direktere und weitreichendere Konsequenzen, die zum Teil bereits greifen. Die vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) beschlossene Aufhebung der Gebührenbefreiung, durch die etwa 23.000 berufstätige Langzeitstudierende betroffen sind, wurde von Bildungsminister Heinz Faßmann als „Reparatur“ einer „Ungleichheit zwischen erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Studierenden“ bereits bestätigt. Damit einhergehend sollen neue Zugangsbeschränkungen an Österreichs Universitäten eingeführt werden, in Ansätzen bereits ab dem nächsten Jahr.

Dass die österreichischen Universitäten chronisch unterdotiert sind ist auch schmerzlich und für alle an den Universitäten tätigen Kolleg_innen spürbar. Zeit- und arbeitsintensive Drittmittelprojekte binden nicht nur Humankapital, sondern treiben die betroffenen Personen von Antrag zu Antrag, um den Forderungen der Politik und Wirtschaft nach mehr Effizienz gerecht zu werden. Bisherige Regierungsprogramme haben immerhin das Ziel definiert, zwei Prozent des BIP (Bruttoinlandseinkommen) für Universitäten im Jahr 2020 erreichen zu wollen. (Derzeit befinden wir uns unter 1,5 Prozent). Im aktuellen Regierungsprogramm ist davon nicht mehr die Rede. Die aktuelle Erhöhung der Unifinanzierung um 1,35 Milliarden Euro für den Zeitrahmen 2019 bis 2021 wurde bereits im Mitte 2017 im Parlament von allen Fraktionen mit Ausnahme der gegenwärtigen Kanzlerpartei beschlossen. Aus dieser Summe sollen in den Massenfächern bessere Studienbedingungen,

vor allem durch bessere Betreuungsverhältnisse, finanziert werden. Weitere Neuerungen sollen wie absehbar leistungsorientiert gestaltet werden, so das Stipendiensystem, aber auch „moderate“ Finanzierungsbeiträge für Studierende werden erneut diskutiert. Eva Blimlinger, die neue Präsidentin der Universitätskonferenz, brachte die Problematik auf den Punkt, in dem sie forderte, dass es im Prinzip nur um ein zu überdenkendes Gesamtpaket aus Gebühren, einem neuen Stipendiensystem plus Familienbeihilfe und besseren Betreuungsverhältnissen gehen kann.

Höchste mediale Aufmerksamkeit wurde indessen einem Thema gewidmet, welches früher nur die betreffenden Experten beschäftigte, nämlich das Tauziehen um die Bestellung der neuen Uni-Räte. Die von der FPÖ nominierten Mitglieder von Burschenschaften haben für Verzögerungen in dem Verfahren gesorgt. Kritik kam von Seiten der Rektoren und von der Universitätskonferenz, die von Postenschacher und parteipolitischer Versorgung sprachen. Während von den Universitäten Leistungsorientiertheit und höchstmögliche Qualifikation gefordert wird, nimmt man es in diesem höchst verantwortungsvollen und sensiblen Bereich mit dem Anforderungsprofil für die politisch bestellten Universitätsräte nicht so ernst: Die parteipolitische Ausrichtung scheint hier wichtiger zu sein, als das Qualitätsprofil, welches „hervorragende Kenntnisse und Erfahrung“ fordert, um einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Universitäten leisten zu können. Die Rektoren und Senate der österreichischen Kunstuniversitäten sahen sogar sich gezwungen, ein Plädoyer für einen demokratischen Kunst- und Kulturbegriff zu verfassen und an den verantwortlichen Bundeskanzler Kurz und Bundesminister Faßmann für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu adressieren. Über 160 Universitätsprofessor_innen und darüber hinaus weitere Wissenschaftler_innen haben diesen offenen Brief unterschrieben, in dem diese zu Schritten gegen den Rechtsextremismus aufgefordert haben.

Für Meinhard Lukas, den Rektor der Johannes Kepler Universität Linz, ist der Umgang der neuen Regierung mit Wissenschaft und Kunst gar „der Seismograf für die gesamtpolitische Haltung der Regierung, auf die gerade die Unis sehr genau achten werden. Denn der Umgang mit der Freiheit von Wissenschaft und Kunst ist ja mehr als zu sagen: „Ich greife da nicht ein“, sondern: „Wie verhalte ich mich gegenüber Wissenschaft und Kunst, wie fördere ich, wie binde ich dieses kreative Potenzial mit ein?“ Als Kunsthistoriker_innen, die in zentralen Bereichen der österreichischen Kunst-, Kultur- und Wissenschaftslandschaft tätig sind, müssen wir hier besonders kritisch, sensibel und handlungsorientiert sein. ■